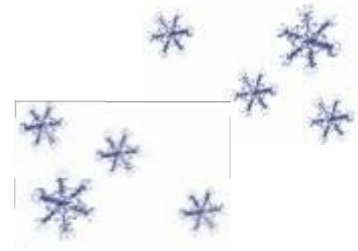


Wir wünschen allen
Kolleginnen und Kollegen
ein besinnliches Weihnachtsfest
und ein gutes, erfolgreiches
Neues Jahr



Euer **GLB** - Team



Impressum:

Redaktion: Roman Böhm-Raffay, Doris Grössinger, Heinrich Koudelka, Mihailo Petrovic, Jana Weber, Eva Harrer, Gerhard Eder

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Mihailo Petrovic, Roman Böhm-Raffay, Eva Harrer, Doris Grössinger, Cornelia Maudrey, Friedrich Hidgehety, Dragan „Maki“ Makuljevic, Heinz Koudelka, Wolfgang Westermeier, Fini Löwenstein, Manfred Seier

Fotos: GLB-Archiv

Herausgeber und Verleger: Fraktion GLB-Gemeindebedienstete

Grafik, Satz u. Layout: Angelika Badin, Doris Grössinger; **Druck:** Druckerei Seitz, Wien 3.,

Redaktionsadresse: GLB-Gemeindebedienstete, Redaktion“Der Winker“, Wien 17., Elterleinplatz 6

Mail: glb-gemeinde@inode.at, Internetadresse: glb-gemeinde.at, Tel: 01 407 69 36

Bestellungen: Schriftlich an den GLB-Gemeindebedienstete. Für unverlangt eingegangene Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen. Namentlich gezeichnete Beiträge müssen nicht unbedingt mit der Meinung der Redaktion oder des GLB übereinstimmen.

Das Redaktions- und Graphikteam arbeitet ehrenamtlich, Druck und Versand kosten jedoch Geld. Spenden sind willkommen!

Bankverbindung: BAWAG BLZ: 14000; Kontonummer: 01710003595

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 08.11.2007; **Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe:** 05.01.2008

Leserbriefe sind willkommen!

Bericht von der letzten Betriebsratsitzung

Eure Betriebsräte haben eine finanzielle Anerkennung von € 2,- pro geleistete Überstunde, im Zeitraum vom 7.- 29. Juni 2008, während der EM 2008, ausverhandelt.

Weiters wurde von uns eine finanzielle Abgeltung, auch für KollegInnen im Normaldienst gefordert. Koll. Kaiser wird mit der Geschäftsführung Gespräche führen und im Betriebsrat berichten.

Es muss auch geklärt werden, was unter „Aufrechterhaltung des Fahrbetriebes“, bezüglich der EM, vom Dienstgeber verstanden wird.

Es werden bis April 2008 noch Mitarbeiter für den Fahrbetrieb aufgenommen und ausgebildet

Anfrage des GLB: Das Gutachten, erstellt von Univ. Prof. Dr. TOMANDL, dass in Auftrag gegeben wurde um den Kompetenzbereich von Betriebsräten zu bestimmen, ist wegen des großen Umfanges erst im November 2007 fertig.

Dienstvorschau: Für die Bahnhöfe Speising, Ottakring und Rudolfsheim wird die 14- tägige Dienstvorschau in absehbarem Zeitraum Wirklichkeit. Alle anderen Dienststellen BITTE WARTEN!!

Selbstretter: Der Einbau von Selbstretter (Sauerstoffmasken) wird nur auf die Niederflurgarnituren beschränkt. Die Garnituren der Typen E1 und E2 wurden ohne Selbstretter genehmigt, und dürfen daher ohne diese betrieben werden.

Bhf. FAV/SIM: Das Diensteinteilerprogramm HASTUS geht mit 29. Oktober 2007, fix, für Bahnhof Fav/Sim in Betrieb.

Außer es treten Schwierigkeiten auf, dann ist das Projekt bis Dezember 2007 aufgeschoben!!!

Sicherheit U-Bahn: Nach dem ausführlichen Artikel in der Kronen Zeitung, über die überhand nehmende Drogenszene im U-Bahnbereich Spittelau und der unzureichenden Kompetenzen der U-Bahnaufsicht, wurde von den Wiener Linien prompt reagiert! Es wurde kurzer Hand die U-Bahnaufsicht ersatzlos gestrichen.

Ebenso wurde von Kollegen der FA die Kundentoilette der U-Bahnstation Schottenring inspiziert und dort ca. 30 Stück gebrauchte, blutverschmierte Drogenspritzen gefunden. Es wurde Anzeige erstattet und die Polizei hat sofort reagiert! Es wurde kurzerhand die Toilette gesperrt!

Bus – Fahrscheinabrechnung: Durch einen Systemfehler konnte den Busfahrern monatlang der Ankauf von Fahrscheinen nicht verrechnet (vom Gehalt abgezogen) werden. Das System ist wieder in Ordnung, doch nun hat man den KollegInnen mehrere Pakete auf einmal vom Gehalt abgezogen. Das uferte so aus, dass einigen KollegInnen, die fleißig Fahrscheine verkaufen, bis zu € 1.500,- weniger Gehalt überwiesen wurde.

Es wurde erfolgreich urgiert, denn mit oder ohne Familie, müssen auch Fahrbedienstete ihr Leben finanzieren und haben für Systemfehler wenig Verständnis.

Beträge von mehr als € 500,- müssen an die Bediensteten binnen 3 Tagen zurück überwiesen werden und dürfen erst mit dem nächsten Gehalt verrechnet werden.

Es dürfen auch in Zukunft nur zwei Fahrschein-Pakete zur Verrechnung gelangen.

Verletzung des Datenschutzes bei den Wiener Linien!

Ein Radfahrer, (Bezirksrat) fühlt sich von einem Straßenbahnfahrer bedrängt. Sein Freund (Bezirksvorsteher) schickt eine schriftliche Beschwerde an die Wiener Linien Direktion.

Diese forschen laut Wagenpässen und Uhrzeit, zwei mögliche verantwortliche Fahrer aus.

Aber die Krönung des Ganzen ist: Es wurden dem Herrn Bezirksvorsteher zwei Fotos von den beiden möglichen Fahrer geschickt, mit der Bitte um Mitteilung, bei welchem der beiden Fahrer es sich um den Übeltäter handle.

Dieses Vorgehen sollte strikt und hart sanktioniert und bei der Datenschutzkommission angezeigt werden! Wo bleibt der Personen- und Datenschutz bei den Wiener Linien?

Koll. Kaiser wird sich genau informieren und sich eingehend damit beschäftigen.

Bekleidung: Wie schon berichtet, ab 2008 wird das Punktesystem eingeführt. Ab diesem Zeitpunkt, kann sich jeder Bedienstete sein Dienstkleid, nach Wunsch, selbst zusammenstellen. Unklar ist noch, ob es eine verpflichtende Grundausstattung geben wird, die ausgewählte Bekleidung soll auf den Dienststellen ausgefolgt werden.

Schulungen/ärztliche Kontrolle: Der GLB kritisierte, dass immer öfters Schulungen und ärztliche Untersuchungen (Selbstretter, Nachschulung ULF, EU-Untersuchung) in der Freizeit, gegen Bezahlung, von unseren Bediensteten absolviert werden müssen.

Winker

Der GLB vertritt die Meinung, dass Ausbildung und Kontrolluntersuchungen in der Arbeitszeit durchgeführt werden müssen!

Gerade nach Einführung der DBV-Neu, haben sich die Arbeitszeiten für unsere Bediensteten wesentlich verschlechtert, hier jetzt noch Schulungen und Kontrolluntersuchungen in der Freizeit durchzuführen sei unzumutbar!

Der GLB forderte diese Tätigkeiten, wie früher in der Arbeitszeit, in Verbindung mit einer Halbschicht durchzuführen!

Leistungstopf: Ab 2008 wird der Leistungstopf im Bereich Straßenbahn nach Cluster aufgeteilt (z.B. Sim/FAV), im Busbereich wird jede Garage einen Leistungstopf bekommen.

Der U-Bahnbereich wird gesamt einen Leistungstopf erhalten, ebenso wie die Stationswarte.

KPI (Kunde-Partner-Ich): Zurzeit absolvieren 269 Bedienstete den Kurs, im Herbst werden insgesamt 17 Kurse abgehalten, im Frühjahr weitere 30 Kurse, die Kurse bestehen aus zwei Teilen. Gerüchten zufolge, soll dieses Projekt, über ein Budget von 5 Millionen Euro verfügen.

Wie es scheint, ist bei den Wiener Linien für jedes obskure Projekt Geld im Überfluss vorhanden, jedoch, wenn es um Fahrdienst und Werkstätten geht, regiert nur der Sparstift auf Kosten der Bediensteten.

Würde diese Summe als Prämie auf alle Bedienstete aufgeteilt werden, würde jeder Bedienstete über 500 € bekommen und vermutlich würde das auch das Betriebsklima verbessern!

Kontrolle Arbeitsinspektorat: Nachdem bei Kontrollen des Arbeitsinspektorates auch immer Betriebsräte der Opposition anwesend waren und anscheinend mit Fragen und Forderungen unangenehm aufgefallen sind, forderte nun die FSG, dass zukünftig nur mehr der Vorsitzende des Betriebsrats anwesend ist, wie es auch das Gesetz vorsieht.

ULF: Sollte bei der Übernahme beim Fahrzeugtyp ULF die Meldung „Sandfüllen“ aufscheinen, darf mit diesen Zug nicht ausgefahren werden.

Kalender für Fahrdienst: Auch für 2008 werden wieder Kalender verteilt, hierfür wurden 8 500 € vom BR bereitgestellt.

Bezahlte Pausen: Ab 1.12. 2007 bekommen alle KV – Bediensteten aus dem Bereich Stationswarte/Stellwerkswärter, die im

vollen kontinuierlichen Schichtdienst arbeiten, auch die 30 minütige Pause bezahlt.

Kritik gab es, warum die KV-Bediensteten aus dem Bereich Fahrdienst dies nicht ebenfalls erhalten!

Die Antwort der FSG: „Sie sind nicht im vollen 24 Stunden Schichtbetrieb“, auf die Frage, „warum es dann nicht wenigstens der Busbereich bekommt“, war die Antwort, „man wolle Bus und Schiene nicht auseinander dividieren“ – Ahaaaaaaa!

Linienänderungen/Fahrzeiten 62/65/0/18/6: Nachdem es durch unser Management viele Änderungen auf den Linien gab, kritisierte der GLB scharf die Auswirkungen durch diese dilettantischen Fehlentscheidungen.

Aus gut funktionierenden Linien wurden in wenigen Tagen Chaoslinien, Verspätungen und Kürzungen sind nun an der Tagesordnung.

Der GLB forderte eine Rücknahme der Änderungen oder eine dementsprechende verlängerte Fahrzeit.

Der BR wird nun die RBL-Daten kontrollieren und Gespräche mit den Verantwortlichen führen!

U-Bahn: Zugnotstop NEU im Bereich der U-Bahnen, hat sich nicht bewährt und wurde auf das alt bewährte System zurückgestellt.

Teamleiter: Im Bereich Süd sind die Auswahlverfahren und Bewerbung für den Bereich TEAMLEITER mit 19.November 2007 abgeschlossen. Danach wird baldigst mit der Ausbildung der Selben begonnen.

Leichtdienst: KV-Bedienstete im Leichtdienst bekommen KEINE 30% Rolldienstzulage verrechnet, dies ist nur bei Pragmatisierten und Vertragsbediensteten der Fall.

Die GLB Betriebsräte beantragen diesen Missstand zu beseitigen und fordern auch für KV-Bedienstete die selbe Regelung. Der GLB wird einen Antrag bei der nächsten BR-Sitzung einbringen, wir werden darüber berichten!

Fahrscheinprüfer: Wegen massiven Fahrermangels dürfen die Bahnhöfe keine Mitarbeiter zu V41 Fahrscheinprüfer, bis nach der EM 2008, entsenden. Auftrag der Direktion!!!

Altersgerechter Arbeitsplatz ade, bis nach der EM sind wir wieder jung.

Eure GLB – Betriebsräte



Böhm-Raffay Roman



Harrer Eva



Kubernat Cornelia



Petrovic Mihailo

Alle Winker auch im Internet nachzulesen auf unserer Homepage!
GLB-Forum: Anonymes Forum – schreib was dich stört, bewegt oder du etwas wissen möchtest.

Alles das und noch vieles mehr unter: www.glb-gemeinde.at

ABZOKKE AUF SCHLEICHWEGEN

Und wieder hat der LOHNKLAU zugeschlagen.



Und wieder wird den Bediensteten im Fahrdienst regelrecht das Geld aus der Brieftasche geklaut.

Linie 62 und 65:

Seit kurzer Zeit wird auch auf der Linie 62 mit Beiwagen und somit in längeren Intervallen gefahren. Somit haben die KollegInnen vom Bahnhof Favoriten gleich zweimal den schwarzen Peter vom Bahnhof Speising gezogen.

Nicht nur, dass wir die altertümlichen E1 Züge übernommen haben und die Züge E2 großteils an Speising abgegeben wurden, wurde durch die Führung von Beiwagenzügen die Fahrzeit unserer Linie 65, (von 16 bzw. – 19 Minuten) nun vollends unzureichend. Es ist jedoch nicht nur die Linie 62, sondern auch die Lokalbahn die unsere Nerven und Fahrzeit arg strapaziert. Es passiert nun laufend, dass erfahrene und altgediente FahrerInnen auf dieser kurzen Strecke mit einigen Minuten Verspätung unterwegs sind.

Die Krönung jedoch ist, dass die Linie 62, als auch die Linie 65, 1-2 Minuten Stehzeit in der Endstelle Oper vorgeschrieben haben und diese auch noch variabel am Gruppenbuch vermerkt sind.

Resümee, -eine Station - zweimal Fahrgastwechsel und der Lokalbahn muss teilweise auch noch Vorrang eingeräumt werden. Das ist natürlich ebenfalls am Gruppenbuch vermerkt und zur besseren Verständlichkeit detailliert am unteren Rand des Gruppenbuches aufgelistet.

Ich persönlich bin in einer Schicht mit 10 Touren, insgesamt um 45 Minuten verspätet an den Endstellen angekommen. Also hat das Unternehmen mir 45 Minuten Rollendienst- Bezahlung geklaut und nicht nur mir, sondern meinen KollegenInnen passiert selbiges.

Linie O: Seit auf der Linie O mit Beiwagen gefahren wird und die Intervallzeiten von 4 auf 7 Minuten gedehnt wurden und natürlich Personal eingespart wurde, sind Verspätungen an der Tagesordnung.

Linie 18: Bei der Linie 18 wurde eine neue Haltestelle errichtet (Viehmarktgasse) wo immer Fahrgäste warten, also sehr kundenfreundlich. Seit kurzen ist jedoch auch die Haltestelle Mariahilfer Gürtel, nach der Ampel verlegt und somit können zwei Ampelphasen nicht wie früher durchfahren werden. Es bauen sich regelmäßig Verspätungen auf.

Die Linie 18 wurde noch nie so oft über die Station der Linie 5 Westbahnhof kurzgeführt

Auf allen obig angeführten Linien versehen die KollegInnen 5 Tage in der Woche Dienst, wenn pro Schicht und Dienst 45 Minuten durch Verspätungen geklaut werden, sind das in der Woche 25 Minuten, in 4 Wochen Durchrechnung sind das 900 Minuten (15 Stunden). Hoch gerechnet auf alle Fahrer!?! Und so weiter.....

Planschreiber und Betriebsratsobmänner Euer Engagement ist gefragt!



Eva Harrer

Winker

Buchstaben im Haltestellenbereich

Seit ein paar Wochen, haben wir in einigen Haltestellen im Bereich der U-Bahn Buchstabenschilder, so gesehen am Reumannplatz und auf der Favoritenstrasse.

A B F G E

Nach anfänglichen rätseln, war jedem klar, dass diese Schilder für unsere Fahrgäste in den jeweiligen Stationen angebracht wurden.

z.B.

A = Reumannplatz Linie 67, in Fahrtrichtung Otto Probst-Platz

B = Reumannplatz Linie 67 in Fahrtrichtung Kurzentrum Oberlaa usw....

Im Bereich U-Bahn sind Monitore, darauf steht, wann welcher Zug um welche Uhrzeit ankommt, damit die Fahrgäste, welche aus der U-Bahn kommen die Einfahrzeiten von Bus/Strassenbahnlinien sehen.



Eure Cornelia

Liniendesaster

Wehe wenn sie losgelassen, damit sind unsere Verantwortlichen für den Bereich Betrieb gemeint. Nun sind allen Anschein nach die Linien an der Reihe, Linien die jahrelang blendend funktionierten wurden jetzt kaputt reformiert.

Beispiel Linie 62, gilt jedoch stellvertretend auch für viele andere Linien, man verlängere den Intervall, hängt noch einen Beiwagen dran, belässt die an den Solobetrieb angepasste Fahrzeit und fertig ist die Chaossuppe.

10,12,13 oder mehr Minuten Verspätung sind nun an der Tagesordnung und in regelmäßigen Abständen auch die Durchsagen „Auf Grund erhöhten Verkehrsaufkommen, kommt es auf der Linie 62 zu Verspätungen und unterschiedlichen Intervallen“.

Auch Feiertags und Sonntag werden diese Ansagen regelmäßig durchgeführt, obwohl es an diesen Tagen praktisch kein Verkehrsaufkommen gibt.

Hier rechnet man allen Anschein mit der Dummheit unserer Kunden, hier sollten unsere Führungskräfte zu ihrer Tätigkeit stehen und die Durchsagen insofern ändern, „Aufgrund von Einsparungen und massiven Management Fehlern kommt es auf der Linie ... zu Verspätungen und unterschiedlichen Intervallen“.



Betriebsrat Böhm-Raffay kritisierte, dass dies seit der Einführung der DBV-Neu (Rolldienstzulage) auf allen Linien zu beobachten ist, mehr Fahrzeit kostet mehr Geld, somit werden die Fahrzeiten immer unrealistischer, im Gegenzug jedoch die Stehzeiten verlängert, dies verursacht ja keine zusätzliche Kosten.

Ich nenne dies Lohnraub, hier werden Bedienstete um die Rolldienstzulage geprellt, da die Rollzeit laut Plan bewusst völlig unrealistisch angesetzt wurde!

Rate mal liebe KollegenInnen was unsere FSG dazu sagt, „dies wurde ja alles in die Rolldienstzulage eingerechnet“.

Ja liebe Freunde, es ist immer wieder erfrischend zu hören, was plötzlich alles in die Rolldienstzulage eingerechnet wurde.

Abschließend ist zu sagen, gebe es eine Wertung für „Wie schaffe ich es, eine gut funktionierende Linie möglichst rasch und effizient in eine Chaoslinie zu verwandeln“, wären unsere Führungskräfte mit großem Vorsprung an erster Stelle!

Meint euer Kollege
Roman Böhm-Raffay
BR-Fahrdienst

W i n k e r

AK-Wien: FSG auf Regierungskurs

Praktisch alle Fraktionen, darunter auch der ÖAAB, haben sich in der 146. Vollversammlung der Wiener Arbeiterkammer gegen die Ausweitung der Ladenöffnungszeiten ausgesprochen und einen entsprechenden Antrag des GLB unterstützt. Ebenfalls vom ÖAAB, dem GLB und den anderen Fraktionen der Wiener AK wurde ein Antrag der AUGE/UG gegen das „sozialpartnerschaftliche“ Arbeitsflexibilisierungspaket unterstützt.

In beiden Fällen konnte sich die FSG nicht zu einer Zustimmung durchringen - kein Wunder, schließlich wurde beispielsweise die Einigung der „Sozialpartner“ über die Ausweitung der Ladenöffnungszeiten noch kurz vorher vom stv. Geschäftsführer der GPA, Karl Proyer, ausdrücklich gelobt.

AK-Präsident Tumpel forderte in seiner Rede, dass die Übergangsfristen für den heimischen Arbeitsmarkt nicht vorzeitig aufgehoben werden dürfen - die FSG setzt sich überhaupt für eine Verlängerung bis 2011 ein. Der GLB

lehnt die Übergangsfristen ab, damit wird nur der illegale Arbeitsmarkt und Scheinselbständigkeit gefördert. Eine wirksame Maßnahme gegen Lohn-dumping ist die laufende Überprüfung der Einhaltung von Kollektivverträgen wie des Arbeitsrechtes - also eine der Kernaufgaben von Gewerkschaften und Arbeiterkammer.

Der GLB brachte Anträge zu den Themen Lehrlingsausbildung, Reform statt Abschaffung der Erbschaftssteuer, keine Verlängerung der Arbeitszeit, E-Wirtschaft in öffentlichem Eigentum, kein Börsegang der ÖBB, Gebührenbefreiung für Menschen mit geringem Einkommen, Erhöhung des Kinderbetreuungsgeldes und gegen Ausweitung der Ladenöffnungszeiten ein.



Beatrix Todter
GLB AK-Rätin



Der neue ULF – Fortschritt oder Rückschritt?

Es gibt einige Neuerungen beim neuen ULF, viele sind gut durchdacht, doch gibt es vor allem eine Änderung, die einem die Haare zu Berge stehen lassen, doch davon später.

Ich werde euch nicht jede Kleinigkeit aufzählen und euch damit langweilen, sondern nur die wichtigsten Neuerungen.

Außen sind sämtliche Lampen außer Abblendlicht mit LCG-Lampen ausgestattet und das Abblendlicht ist jetzt rund.

Am Fahrerplatz ist am auffälligsten, dass neue Zentraldisplay (siehe Bild) und somit eine wesentlich verbesserte Lesbarkeit.

Gewöhnungsbedürftig sind die Tasten, die um das Display angebracht sind. Es gibt keine Absenkfunktion mehr und der Federspeicher – Kippschalter ist nun ein normaler Schalter.

Die Motoren sind luftgekühlt und haben nur mehr die Hälfte der Leistung der alten Generation.

Der Fahrgastraum ist in rot und gelb gehalten (siehe Bild) und gekühlt.

Neuerungen bei Türstörungen – hier liebe Kollegen kann man nur den Kopf schütteln über die Änderungen.

Bei den alten ULF-Typ war nur ein Versperren mit den Vierkant notwendig, dies gehört beim neuen ULF der Vergangenheit an.



Nun müssen die Türen zusätzlich auch an der Tür mittels Vierkant versperrt werden, der einen Endschalter betätigt, dieser ist seitlich an der Tür und relativ frei zugänglich!

Verschließt man nun irrtümlich oder ein Spaßvogel mit Absicht die Tür wie beim alten ULF (mit den Vierkant seitlich), so ist die Tür weiterhin ansteuerbar (sie geht weiterhin auf und zu) jedoch die rote Türkontrolle bleibt weiterhin.

Nun stellt sich die Frage, wie soll ein Fahrer wissen, welche Türen die rote Türkontrolle ausgelöst hat. Alle Türen lassen sich ja weiterhin normal bedienen? – Sehr intelligent nicht wahr!

Damit jedoch noch nicht genug, beim neuen ULF ist es auch möglich, dass der Zug mit offener Tür fährt, ohne dass es der Fahrer merkt. (weder Anfahrsperrung, noch rote Türkontrolle wirkt)

Würde ein Spaßvogel den Vierkant betätigen (wie beim alten ULF) und den Endschalter im Schlitz (siehe Bild) betätigen, so wäre für den Zug die Tür nicht mehr vorhanden und der Zug würde auch mit offener Tür fahren.

Ohne den Wiener Linien etwas unterstellen zu wollen, scheint es sich hier wieder einmal um den Geistesblitz einer unserer Ingenieure zu handeln, verwunderlich ist nur, dass dies von der Behörde genehmigt worden ist!

Euer Kollege
Heinz Koudelka

Was bedeutet für die Wr. Linien „SPAREN“

Das Unternehmen predigt immer, wir müssen sparen. Durchleuchten wir mal dieses Wort „SPAREN!“ Fangen wir mal ganz oben an, sprich in der Dion, wie viele DirektorInnen haben wir und wie viele brauchen wir? Wie viele ÄrztInnen beschäftigen die Wr. Linien und wie viele brauchen wir?

Und so könnten wir das Fragespiel weiter fortsetzen. Um die Frage gleich vorweg zu nehmen, wie viele FahrerInnen hat das Unternehmen?

Dazu kann ich nur antworten, das Fahrpersonal und Werkstätte hält das Unternehmen aufrecht. Weiters fragt man sich, wie viele Unkosten entstehen schon beim Wer-

bematerial, das jeder Mitarbeiter beim Öffnen der Lohnzettel findet. Wozu?

Oder kostet das nichts?

Macht man Vorschläge die zur Sicherheit der FahrerInnen und auch für die Fahrgäste wäre, so wird nur darauf hingewiesen das kein Geld vorhanden sei. Da fragt man sich wirklich, was heißt eigentlich „SPAREN?“ Wo beginnt es (Fahrpersonal) und wo hört man damit auf? (In der Dion)??



meint eure Fini



Offener Brief

Sehr geehrter Herr Direktor Lichtenegger !

Im Zuge der vom Unternehmen vielgepriesenen Mitarbeiterbeteiligung, erlauben wir uns, sie um folgende Informationen zu bitten.

Beding durch die Zusammenlegung der Dienststellen Gürtel/Hernals ersuchen wir sie um Information über folgende Punkte.

Zur welchem Zeitpunkt ist es vorgesehen die Dienststellen zusammenzulegen und wird die Zusammenlegung im Bereich Fahrdienst, Werkstätte und Verwaltung zum gleichen Zeitpunkt durchgeführt?

Wird auch nach der Zusammenlegung auf der Dienststelle Gürtel ein Betriebsbeamter seinen Dienst versehen?

Werden die Linien der oben genannten Dienststellen geteilt, wenn ja in welcher Form?

Werden die Bediensteten auch weiterhin auf ihren Heimlinien ihren Dienst versehen, oder zukünftig auf allen Linien Dienst verrichten?

Wo werden die administrativen Tätigkeiten erledigt (Meldungslegung, Einvernahmen, Urlaubseinteilung, usw.) und werden diese Tätigkeiten auch in Zukunft an den jeweiligen Dienststellen möglich sein.

Wie werden die Werkstätten und Verschub der Dienststellen personell besetzt sein und werden alle Sicherheitsrelevanten Vorschriften eingehalten?

Zurzeit gibt es immer wieder Beschwerden, dass Tätigkeiten im Bereich Verschub und Werkstätte alleine getätigt werden, die aus Sicherheitsgründen nur zu zweit durchgeführt werden dürfen.

Werden die Regelungen der freien Tageeinteilung der einzelnen Dienststellen berücksichtigt?

Auf welchen Linien des Bhf. Gürtel werden zukünftig Züge des Typen ULF eingesetzt.

Mit kollegialen Grüßen

Mihailo Petrovioc
PV-Bhf. Gürtel

Hideghety Friedrich
PV-Bhf. Gürtel

Roman Böhm-Raffay
BR-Fahrdienst

Winker

Der organisatorische Wahnsinn bei den Wiener Linien

Man ist ja schon viel gewohnt bei den Wiener Linien und den organisatorischen Kahlschlägen unserer Unternehmensführung.

Da werden Dienststellen zusammengelegt um Kosten einzusparen, was zwar am Papier auch sehr effizient wirken mag, jedoch in der Praxis kaum Einsparungen bringt und ein organisatorisches Chaos auslöst.

Wie schon mehrmals berichtet, werden nun für Wartung und Reparaturen die Züge spazieren geführt, weil diese auf den sogenannten Aussendienststellen ja nicht mehr durchgeführt werden.

Nun wurde mittels Dienstauftrag festgestellt, dass ULF-Züge nicht ausfahren dürfen, wenn bei der Übernahme die Meldung „Sandfüllen“ aufleuchtet. Somit müssen nun auch alle Züge fast täglich auf die Hauptdienststelle gebracht werden, um Sand nachzufüllen.

Spricht man mit den Kollegen vom Verschub und Werkstätte, so schützen alle Bedienstete nur mehr den Kopf, anstatt zu arbeiten fährt man nur mehr spazieren ist die einhellige Meinung.

Wo sind da die Einsparungen, fragt man sich mit Recht und ohne zu übertreiben, in der Privatwirtschaft müssten die Verantwortlichen den Hut nehmen.



Meint euer Kollege
Wolfgang Westermaier

Wiener Linien GmbH & Co KG
Erdbergstrasse 202
1030 Wien
Wien, am 5.9.2007
AndoJa/2 / TR

Betrifft: Meine Mandantin: Jana Andorfer (vormals Weber) Au.Lkr. 74589
1. Führungsblatt
2. Einsatz als Lehrlenker

Sehr geehrte Damen und Herren!

Gemäß der mir von meiner Mandantin erteilten Information sind im Führungsblatt meiner Mandantin ungerechtfertigter Weise Eintragungen erfolgt. Im Konkreten handelt es sich hierbei um folgende Vorwürfe:

30.04.2007: 1. Geschwindigkeitsüberschreitung um angeblich 15 km/h
2. Missachtung einer Weisung

Es mag durchaus zutreffend sein, daß meine Mandantin am Vorfalldag gegen 16 Uhr 19 die Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h geringfügig überschritten hat, dies jedoch ausschließlich um eine verkehrsbedingte Verspätung gering zu halten. Zudem war die Straße völlig frei und hat meine Mandantin niemanden gefährdet. Es handelte sich dabei um einen geraden, breiten Straßenabschnitt, der leicht einsehbar war.

Der Nachweis einer Überschreitung von 15 km/h ist bislang nicht erfolgt. Es war für die Zivilkontrolle nicht möglich auf den Tachograf zu sehen, sodass die angegebene Geschwindigkeit von 65 km/h lediglich auf einer Schätzung beruht. Es möge daher die Geschwindigkeitsüberschreitung anhand des Tachografen festgestellt und nachgewiesen werden.

Tatsächlich war die Geschwindigkeitsüberschreitung jedenfalls weitaus geringfügiger und im Rahmen von 10 km/h gelegen, sodass unter diesen Umständen eine Eintragung in das Führungsblatt nicht vorgesehen ist und eine unzulässige Diskriminierung meiner Mandantin, die im Rahmen der Personalvertretung tätig ist, darstellt.

Während der Fahrt hatte meine Mandantin auftragsgemäß nicht auf irgendwelche Wortmeldungen im Fahrgastraum geachtet. Sollte die Zivilkontrollperson tatsächlich meine Mandantin zur Reduzierung des Tempos aufgefordert haben, so hat dies meine Mandantin in Hinblick darauf, dass sie sich ausschließlich auf das Verkehrsgeschehen zu konzentrieren hatte, überhört. Zudem ergibt sich aus dem Bericht der Zivilkontrolle, dass eine Offenlegung der Zivilkontrolle erst nach dem Stillstand des Busses erfolgt ist. Da sich die Zivilkontrolle während der Fahrt nicht als solche ausgewiesen hatte, war auch meine Mandantin dazu verpflichtet sich auf den Verkehr zu konzentrieren und nicht auf die Wortmeldungen irgendwelcher Personen im Fahrgastraum zu achten. Erst wenn meiner Mandantin hinreichend bekannt war, dass es sich bei der Person um eine Zivilkontrolle gehandelt hat, war meine Mandantin zur Handlung verpflichtet. Etwaige Aussagen der Zivilkontrolle während der Fahrt konnten jedenfalls mangels Identifizierung nicht als Weisung gewertet werden. Meine Mandantin hat sich daher nicht irgendeiner Weisung widersetzt.

26.07.2007:

Verspätete Abfahrt:

Meine Mandantin hatte zunächst, da fahrplanmäßig diesbezüglich kein Problem gegeben war, die notwendige Rundgangkontrolle nach Übernahme des Busses gemacht. Die Zivilkontrolle ist zum Zeitpunkt der Rundgangkontrolle hinzugekommen und hat meine Mandantin offenbar übersehen. Meine Mandantin ist keineswegs verspätet aus dem Expedit erschienen. Aber selbst wenn meine Mandantin verspätet aus dem Expedit (rund zwei Minuten) erschienen wäre, so wäre dies noch innerhalb der Toleranzgrenze gewesen.

Der Bus konnte jedoch in der Folge nicht fahrplangemäß gestartet werden, da das Kartenlesegerät eine Störung aufwies. Die Karte meiner Mandantin wurde ständig wieder ausgespuckt. Meine Mandantin sah sich daher genötigt das Kartenlesegerät stromlos zu machen und den Bus neu zu starten. Sodann hat das Kartenlesegerät wieder funktioniert. Der Störung am Kartenlesegerät ist von meiner Mandantin auch im Wagenpass vermerkt worden.

Benutzung des Mobiltelefons:

Wie die Zivilkontrolle selbst festgestellt hat, hat meine Mandantin im Stillstand mit dem Mobiltelefon hantiert, wobei sie hiezu die linke Hand benützt hat. Meine Mandantin ist Rechtshänderin. Sie hat das Mobiltelefon abgeschaltet und von der Brusttasche in die Hosentasche gesteckt. Aus den Aufzeichnungen des Mobiltelefonbetreibers ergibt sich, dass meine Mandantin keineswegs irgendein Telefonat geführt hat bzw. versucht hat zu telefonieren. Es ist nicht untersagt im Fahrzeugstillstand mit dem Mobiltelefon zu hantieren, zumal meine Mandantin als Personalvertreter jedenfalls die Berechtigung haben muss allfällige SMS abzulesen.

Lesen bei stehendem Bus:

Es trifft zu, dass meine Mandantin bei Stillstand des Busses gelesen hat, wobei es sich um Ausführungen zum Arbeitszeitgesetz in Entsprechung des Auftrages als Personalvertreter gehandelt hat. Die Einstiegstüren waren geschlossen. Es ist auch niemand dem Autobus nachgelaufen. Es sind daher keine Passagiere durch diese Vorgangsweise gefährdet worden. Es gibt im Übrigen keine Rechtsvorschrift die untersagt, dass das Lesen unter diesen Umständen verboten wäre.

Tragen von privater Hose:

Dies ist aus medizinischen Gründen geboten. Die entsprechende ärztliche Bestätigung liegt Ihnen vor.

Da sämtliche Anschuldigungen ungerechtfertigt sind bzw. die Geschwindigkeitsübertretung lediglich als geringfügig anzusehen ist, ersuche ich um Bestätigung, dass sämtliche angeführten Punkte aus dem Führungsblatt meiner Mandantin gelöscht werden. Der Einsatz meiner Mandantin als Lehrlenker ist lediglich aufgrund der negativen Bewertung im Führungsblatt abgelehnt worden. Da die Anschuldigungen nicht gerechtfertigt waren, wäre meine Mandantin sehr wohl als Lehrlenker einzusetzen. Gerade weil die Frauenquote noch nicht erfüllt ist, verstößt die Ablehnung des Einsatzes meiner Mandantin als Lehrlenker gegen das Gleichbehandlungsgebot. Ich ersuche daher um Bestätigung, dass meine Mandantin nunmehr angesichts der durchaus positiven Bewertungen als Lehrlenker eingesetzt wird.

Ich zeichne
mit vorzüglicher Hochachtung
Mag. Martin Reihls

Winker

Anmerkung des GLB:

Liebe KollegInnen!

Wie schon in der letzten Ausgabe berichtet – Artikel der letzten Ausgabe wird zur Erinnerung anschließend noch einmal abgedruckt – bereitet der GLB eine Klage gegen die W.L. vor.

Die meisten Bediensteten kennen die Situation, man bekommt eine Beschwerde oder Beanstandung und man hat keine Möglichkeit sich dagegen zur Wehr zu setzen.

Der GLB und seine Anwälte, forderte die W.L. auf, die haltlosen Anschuldigungen zurück zu nehmen, sonst wird geklagt....!

Die Antwort der W.L. ist symptomatisch und zeigt die Einstellung gegenüber den Fahrbediensteten, - Betriebsbeamte seien glaubwürdiger, Anschuldigungen bestehen zu unrecht, usw.....

Auf jeden Fall werden wir euch über den weiteren Verlauf berichten!

Hier der Artikel aus der letzten Ausgabe!

Mobbt ein Referatsleiter?

Nützt ein Referatsleiter seine Position als Vorgesetzter aus?

Missachtet ein Referatsleiter das Gleichbehandlungsgesetz?

Das Leben eines Personalvertreter ist nicht leicht, besonders wenn man für eine oppositionelle Fraktion tätig ist.

Ich selbst hatte im Verlauf meiner Tätigkeit als PV so einiges erlebt, die Palette reichte von Drohungen, Verleumdungen bis hin zu allen Facetten von Mobbing.

Heute möchte ich euch über die Vorgänge in der Garage Spetterbrücke informieren!

Eine engagierte Personalvertreterin ist nicht gerne gesehen und die Lister jener, die sie überhaupt nicht mehr sehen will ist lang. Am Anfang dieser Liste steht der FSG -Obmann der natürlich andere Meinungen nicht so gerne hört und dann natürlich die so genannten Vorgesetzten der Dienststelle.

Ohne Opposition war es bisher ja immer möglich, alles im stillen Kämmerlein, quasi unter sich, zu besprechen, natürlich nur zum Besten der Bediensteten.

Plötzlich ist eine, ach so böse, GLB-Personalvertreterin auf der Dienststelle die natürlich nur Lügen verbreitet und nichts als Unruhe in die Dienststelle bringt.

Wie es der große Zufall will, wird jene GLB-Personalvertreterin, die bislang eine ausgezeichnete Dienstführung hatte, natürlich wieder nur rein zufällig des Öfteren von der ZK überprüft und bekanntlich, -wer etwas finden will findet auch etwas.

Am 26.07.07 war ich auf Wunsch meiner PV-Kollegin Jana Andorfer (Weber), bei einer Belehrung durch den Referatsleiter in der Garage Spetterbrücke anwesend.

Ich möchte euch ausschnittsweise einige Wortspenden des Referatsleiters und des Verkehrsführers nicht vorenthalten:

Eine der Beanstandungen war Handybenützung:

Referatsleiter: Sie haben telefoniert während der Fahrt!

BR Böhm – Raffay: Die Kollegin hat nicht telefoniert, dies steht auch nicht in der Beanstandung.

Referatsleiter: Sie hat bei stehendem Bus bei einer roten Ampel telefoniert.

BR Böhm – Raffay: Erstens steht in der Beanstandung nix von telefonieren, sie hat es nur in der Hand gehabt und zweitens können wir es mittels Rufnummernauszug beweisen, dass zu diesen Zeitpunkt nicht telefoniert worden ist.

Referatsleiter: Dann hat sie halt ein SMS geschrieben.

BR Böhm – Raffay: Auch hier können wir beweisen, dass kein Datentransfer stattgefunden hat.

Referatsleiter: Dann hat sie es nur geschrieben und erst in der nächsten Endstelle versendet.

BR Böhm – Raffay: Wir können nachweisen, dass über zwei Stunden weder ein Telefonat, noch ein Datentransfer stattgefunden hat.

Referatsleiter: Na, dann wird sie halt ein Spiel gespielt haben.

BR Böhm – Raffay: Leider hat die Kollegin kein Spiel auf dem Handy.

Referatsleiter: Na dann hat sie eben damit hantiert, das ist für mich das gleiche wie telefonieren.

BR Böhm – Raffay: Ich gewinne immer mehr den Eindruck, dass es ihre einzige Absicht ist, die Kollegin möglichst hart zu bestrafen und sonst gar nichts, das zeigt mir auch die krampfhafteste Suche nach Begründungen für die Beanstandungen, alleine schon ihre Äußerung, „...dann hat sie halt gespielt“ belegt dies eindeutig.

Hier schaltete sich der ebenfalls anwesende Verkehrsführer, der vermutlich schwer gehörgeschädigt ist ein und vermeldete, dass hat er nicht gesagt! (Anmerkung: sie habe gespielt).

Das ging dann noch eine Weile so weiter - hat er gesagt – hat er nicht gesagt, hat er doch gesagt, usw.....- bis es wieder der Referatsleiter behauptete, dann war der Verkehrsführer wieder still, -welch ein Segen für die Menschheit.

Referatsleiter: Ich entscheide wie ich es für richtig erachte, für mich ist hantieren mit dem Handy wie telefonieren, wie es andere sehen ist mir egal.

BR Böhm – Raffay: Ihr Verhalten könnte als Mobbing ausgelegt werden.

Referatsleiter: Dann zeigen sie mich halt an.

Es gab natürlich noch weitere haltlose Beanstandungen, auch hier wurde ähnlich argumentiert, nur mit dem einen Ziel - die GLB-Personalvertreterin anzuschwärzen.

Engagierte PV der Opposition, die Missstände anprangern sind halt nicht gerne gesehen, da ist es natürlich recht angenehm, wenn zufällig immer die ZK Vorort ist, die finden schon etwas, um der Kollegin zu schaden.

Abschließend ist zu sagen, selbstverständlich werden wir dem Wunsch des Referatsleiters erfüllen, unsere Anwälte bereiten derzeit eine Klage vor und wir werden euch laufend darüber berichten.

*Roman Böhm-Raffay
Vorsitzender GLB - Gemeinde*

Winker

Arbeitsruhegesetz – ARG



Liebe KollegenInnen, ich werde im folgenden Artikel versuchen, möglichst in verständlicher Form, das Arbeitsruhegesetz (ARG) zu erläutern.

Selbstverständlich gibt es auch noch Sonderregelungen, die jedoch Großteils nicht angewandt werden können, da sie nicht im Kollektivvertrag vereinbart sind oder die gesetzlichen Voraussetzungen nicht erfüllt werden.

Das Arbeitsruhegesetz legt die wöchentliche Ruhezeit fest, diese unterteilt sich in Wochenendruhe (an Sonntag frei) und Wochenruhezeit (unter der Woche frei)

Kurzzusammenfassung

Jeden Bediensteten steht eine 36 stündige Wochenendruhe zu, vor Beginn der neuen Arbeitswoche, daher müsst ihr immer 36 Stunden zurückrechnen, von erstem Arbeitstag.

Beispiel: SA/SO Frei Dienstbeginn Montag 7 Uhr – nun von Montag 7 Uhr an 36 Stunden zurückrechnen, somit beginnt die Wochenendruhezeit am Samstag um 19 Uhr.

Alle Überstunden die in diesen Zeitraum geleistet werden, unterliegen der Ersatzruhezeit!

Ersatzruhezeit - Was ist die Ersatzruhezeit?

Ersatzruhezeiten sind sämtliche Überstunden, die in der 36-stündigen wöchentlichen Ruhezeit geleistet werden.

Der Gesetzgeber schreibt vor, dass Ersatzruhezeiten prinzipiell in Zeit abzugelten sind.

Diese Ersatzruhezeit ist in der Folgeweche zu gewähren, dies sollte zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vereinbart werden.

Gibt es keine Vereinbarung, so muss den Bediensteten die Ersatzruhe am letzten Tag der Arbeitswoche gewährt werden!

Der Gesetzgeber sieht jedoch auch Ausnahmeregelungen vor, wenn außergewöhnlichen Ereignisse eintreten, kann die Ersatzruhe vom Tag der Überstundenleistung bis zu 14 Wochen aufgeschoben werden.

Erst wenn in diesen 14 Wochen eine Ersatzruhe nicht möglich war, sieht der Gesetzgeber die Möglichkeit einer finanziellen Abgeltung vor!

Was sind außergewöhnliche Ereignisse?

Als außergewöhnliche Ereignisse gelten keinesfalls Personalknappheit und diverse Großereignisse (EURO), diese sind planbar und fallen nicht darunter!

Außergewöhnliche Ereignisse wären z.B. ein kompletter Stromausfall in ganz Wien, Wetterkapriolen die den Verkehr zum Erliegen bringen oder ein Vulkanausbruch in Wien.

In den letzten Jahrzehnten gab es jedenfalls keine Ereignisse, die länger als 14 Wochen gedauert hätten.

Klarstellung des GLB – Somit ist klargestellt, dass die derzeitige Regelung (Auszahlung plus 100% zusätzlich) nicht Gesetzeskonform ist.

Jedoch akzeptiert der GLB die derzeitige Vorgangsweise, da ja kein Bediensteter zu Überstunden gezwungen wird und jene, die Überstunden leisten, dementsprechend mehr verdienen können.

Die derzeitige Regelung funktioniert nach der Devise „Wo kein Kläger, auch kein Richter“

Eines sollte der Unternehmensführung jedoch klar sein, wenn es schon ein Augenzudrücken der Personalvertretung und des Betriebsrates gibt, sollte man den Bediensteten auch auf Wunsch die Wahlmöglichkeit (Freizeit/Geld) einräumen!

Überstundenregelungen – Verrechnung: Wochenendruhe

Überstunden Sonntag: 100% Zuschlag, fällt diese in die Ersatzruhe erhöht sich der Zuschlag auf 200%

Wochenruhe

Überstunden an anderen freien Tagen: 50% Zuschlag, fällt diese in die Ersatzruhe erhöht sich der Zuschlag auf 100%

Überstunden während der Nachtruhe: 100% Zuschlag, fällt diese in die Ersatzruhe erhöht sich der Zuschlag auf 200%

Änderung bei Feiertagsbezahlung: Bei dienstfreien Arbeitstagen gibt es ein Feiertagsentgelt (Ausfallsprinzip für die Nebengebühren), bei Normaldienstleistung am Feiertag wird zusätzlich ein Feiertagsarbeitsentgelt bezahlt (tatsächlich geleistete Nebengebühren).

Zusätzlich gibt es für die Störung der Feiertagsruhe einen Zuschlag von 100%, oder einen Zeitausgleich in der Höhe eines Kalendertages.

Die jeweilige Fachabteilung der Bedienstetengruppen entscheidet, ob Bezahlung oder Zeitausgleich zur Anwendung kommt.

**Euer Kollege Roman Böhm-Raffay
BR-Fahrdienst**

Winker

Leserbrief

Volksvertreter?

Leserbrief

Meines Wissens haben die Mitglieder unserer Bundesregierung einen Eid auf die (noch gültige) österreichische Verfassung abgelegt. Mit welchem Recht meinen unsere „Volksvertreter“, sich über die verfassungsmäßig garantierten demokratischen Rechte der Bevölkerung hinwegsetzen zu können? (Das Recht geht vom Volk aus!) Im Fall einer Verfassungsänderung ist eine Volksabstimmung zwingend vorgeschrieben. Das immer wieder vorgebrachte Argument, dass die Bevölkerung den Vertrag nicht kennt und deshalb nicht darüber abstimmen sollte, kann man so nicht gelten lassen. Haben ihn alle Regierungsmitglieder gelesen? Nach eigenen Angaben nicht, sie folgten lediglich der Parteilinie und stimmten (bis auf eine Ausnahme) dafür. Es wurde bewusst vermieden, die Bevölkerung über den Inhalt des Vertrages zu informieren, um so eventuellen Widerstand zu vermeiden. Dazu Einiges, was einem zu denken geben sollten:

Die Todesstrafe wird im „Kriegsfall“ und für den Fall „unmittelbarer Kriegsgefahr“ legalisiert, ebenso die „Tötung zur Auflösung von Aufruhr und Aufstand“. Einige europäische Staaten befinden sich im Kriegszustand, „Aufruhr und Aufstand“ sind Auslegungssache. Somit kann man praktisch immer unangenehme Zeitgenossen legal beseitigen! Wenn diese Punkte also in den Verfassungsrang erhoben werden, sind politischer Willkür Tür und Tor geöffnet. Ich erinnere hier an den „Ständestaat“ von 1933 bis 1938, in dem Hinrichtungen von Regimegegnern (Sozialdemokraten!) an der Tagesordnung standen.

Die europäischen Streitkräfte werden der NATO unterstellt, Kriegseinsätze bedürfen keines UNO-Mandates mehr, der Angriffskrieg wird also legalisiert. Wer die NATO befiehlt, ist ja hinreichend bekannt. Die USA haben es immer verstanden, Kriege vom eigenen Grund und Boden fern zu halten, warum wohl sollen US-Raketen in Mitteleuropa stationiert werden? Die EU-„Battlegroups“, zu denen dann auch das österreichische Bundesheer gehört, sollen also den Kopf für die Interessen der USA an den erdölfördernden Staaten im nahen Osten hinhalten. Putin warnt vor einem Angriff auf den Iran, Bush spricht vom dritten Weltkrieg. Man kann sich somit ausrechnen,

was uns in naher Zukunft bevorsteht! (Immerwährende Neutralität?)

So viel zum „Friedensprojekt“ Europäische Union.

Der „Freihandel“ wird ebenfalls in den Verfassungsrang erhoben, was einen weiteren Anstieg des Transitverkehrs nach sich zieht. Nicht genug, dass jetzt schon unter dem Deckmantel der „Wettbewerbsfähigkeit“ Waren (das sind für die EU auch halbtote Tiere!) kreuz und quer durch Europa gekarrt werden.

Ein Austritt aus der EU ist nur mehr mit Zustimmung der anderen Mitgliedsstaaten möglich, welcher Staat würde auf die Melkkuh Österreich verzichten?

Das sind nur einige Punkte, dazu kommt noch die „Liberalisierung“, was Staats- und gemeindeeigene Betriebe von Dienstleistungsunternehmen zu gewinnbringenden Institutionen machen soll. Die Wasserversorgung wurde bereits für internationale Großkonzerne als äußerst lukrative Einnahmequelle zum Objekt der Begierde.

Unser Bundeskanzler hat diesen Vertrag ohne Zustimmung der Bevölkerung unterschrieben, was nach der gültigen Verfassung unrechtmäßig ist.

Die Regierung wurde gewählt, um die Interessen des Volkes zu vertreten, nicht jene der EU, damit hat sie sich selbst disqualifiziert! Sie hat die österreichische Verfassung, auf die sie einen Eid geleistet hat, mit Füßen getreten. Um auch künftigen Generationen ein Leben in Freiheit und Frieden zu gewährleisten, ist ein Austritt aus der Missgeburt EU unerlässlich. Dafür bedarf es allerdings einer Regierung, die sich aus Idealisten zusammensetzt und die österreichische Verfassung achtet, derzeit ist sie weder sozial, noch demokratisch!



Roman Zimmerhackl

Wähler bitte draußen bleiben



EU-Vertrag statt EU-Verfassung, -was für ein Etikettenschwindel, -so wird die Bevölkerung für dumm verkauft, denn wäre es noch eine Verfassung, könnte theoretisch eine Volksabstimmung durchgeführt werden, so aber ist es ein Vertrag und da ist keine Volksabstimmung vorgesehen. In Wirklichkeit geht es nach wie vor um den gescheiterten „Verfassungsvertrag“ der nun, nach geringfügigen Nachbesserungen, und nach dem Willen einer Mehrheit im EU-Parlament, durchgepeitscht werden soll.

So sind im Rahmen einer EU-Regierungskonferenz die EU-Verträge „neu“ verhandelt und entschieden worden. Wie nicht anders zu erwarten, bleibt die unsoziale und die militaristische Orientierung des Vertrages erhalten. In erster Linie bedeutet das die Verpflichtung aller EU-Länder zur „weiteren Aufrüstung“!! Dass sich das mit unserer hochgeschätzten Neutralität absolut nicht verträgt, versteht sich von selbst – Fazit: Neutralität ade, auch wenn es von unserer „ehrenwerten“ Regierung nicht direkt ausgesprochen wird, aber leider hat unser Parlament diesbezüglich überhaupt nichts mehr zu sagen, darüber entscheidet das EU-Parlament!

Es hätte mich aber auch gewundert, wenn es anders gelaufen wäre. Jeder, der in den letzten Jahren, das Wirken im politischen Leben in unserem Land miterlebt hat, hat die Hoffnung auf gewählte und dem Volk verpflichtete Volksvertreter bereits aufgegeben. Deshalb ist es auch nicht weiter verwunderlich, wenn immer weniger Menschen unseres Landes zu den Wahlen schreiten.

Die EU ist auf dem besten Weg, sich zu einer politischen, wirtschaftlichen und militärischen Großmacht zu entwickeln. Um dieses Ziel zu verwirklichen, haben die führenden Politiker der EU, - die nicht das Volk, sondern einzig und allein die Interessen der Großkonzerne, der Banken und Mächtigen vertreten, die dazu notwendigen Beschlüsse gefasst.

Die wichtigsten Änderungen im Überblick

Der in Brüssel ausgehandelte neue EU-Vertrag soll die gescheiterte Verfassung ersetzen und die Handlungsfähigkeit der auf 27 Staaten angewachsenen Union garantieren. In Kraft treten soll er vor der Europawahl im Jahr 2009. Folgendes ändert sich in Europa:

Austritt: Nur mehr mit der Zustimmung der anderen Mitgliedsstaaten ist in Zukunft ein Austritt aus der EU möglich! Allerdings würden wir im Falle eines Falles niemals die Zustimmung der anderen Staaten bekommen, da auf die Beiträge Österreichs nicht gerne verzichtet wird.

Vertrag statt Verfassung: Der Ausdruck „Verfassung“ kommt in dem Text nicht mehr vor, auf die Nennung von Fahne und Hymne als EU-Symbole wird verzichtet. Damit kam die deutsche Ratspräsidentschaft Großbritannien und den Niederlanden entgegen, die alles verhindern wollen, was auf einen europäischen „Superstaat“ hinweisen könnte.

Stimmrechte: Das Abstimmungsverfahren in der EU wird geändert. Mit Rücksicht auf Polen soll das Prinzip der „doppelten Mehrheit“ aber erst ab dem Jahr 2014 mit einer Übergangsfrist bis 2017 eingeführt werden. Danach erfordern EU-Beschlüsse eine Mehrheit von 55 Prozent der Staaten, die 65 Prozent der

Bevölkerung auf sich vereinen.

Mehrheitsentscheidungen: Künftig sollen EU-Entscheidungen in der Regel mit qualifizierter Mehrheit fallen und nicht mehr einstimmig, um Gesetze zu beschleunigen. Mit Rücksicht auf Großbritannien wurde bei der polizeilichen und Justiz-Zusammenarbeit eine Ausnahmeklausel eingefügt. Sie stellt es jedem Mitgliedstaat frei, wie stark er sich einbinden lässt. In sensiblen Bereichen wie der Außenpolitik, Steuerpolitik oder Sozialpolitik gilt weiter das Prinzip der Einstimmigkeit.

Gelb-rote Karte: Dem Drängen der Niederländer auf mehr Kontrollrechte der nationalen Parlamente gegenüber der EU-Kommission wurde ein Stück weit nachgegeben. Die EU-Kommission muss demnach ihre Gesetzesvorschläge überprüfen und stichhaltig begründen, wenn dies mehr als die Hälfte der nationalen Parlamente verlangt. Im Extremfall kann dies dazu führen, dass ein Gesetzesprojekt der Kommission zu Fall gebracht wird.

EU-Außenminister: Die EU bekommt erstmals in ihrer Geschichte einen Außenminister, der aber mit Rücksicht auf Großbritannien so nicht heißen darf. Der Chefdiplomat nennt sich „Hoher Repräsentant der Union für Außen- und Sicherheitspolitik“. In seinem Amt werden die Funktionen des bisherigen EU-Außenbeauftragten und des EU-Außenkommissars gebündelt. Er ist Vorsitzender des EU-Außenrates und Vizepräsident der Kommission.

EU-Präsident: Die EU erhält einen Vorsitzenden, dessen Amtszeit zweieinhalb Jahre beträgt. Bisher übernimmt alle sechs Monate ein neuer Staat die EU-Präsidentschaft.

Grundrechtecharta: Die im Jahr 2000 beschlossene Grundrechtecharta der EU wird rechtsverbindlich. Sie taucht in dem Vertragsentwurf aber nicht mehr als Text auf, sondern nur in einem Verweis. Um Großbritannien entgegenzukommen, wurden Ausnahmeregelungen für die Briten festgelegt. Sie führen dazu, dass die Bestimmungen der Charta in keiner Weise die britische Rechtsprechung beeinflussen können.

Erweiterung: Auf Wunsch der Niederlande wurde ein Passus aufgenommen, wonach die beitragswilligen Länder die EU-Kriterien erfüllen müssen. Dies betrifft unter anderem den Zustand der Demokratie und der Wirtschaft sowie die Lage der Menschenrechte.

So kann man nur darauf hoffen, dass die nächste Politikergeneration unseres Landes gegenüber Brüssel und den anderen Mitgliedsländern wieder mit mehr Courage und Selbstbewusstsein auftreten und dass der Schaden, den unsere derzeitigen Volksvertreter, bedingt durch Überheblichkeit, Ignoranz, Wahrheitsverdrängung und Arroganz, angerichtet haben, für unsere nächsten Generationen noch zu reparieren ist.

Doris Grössinger

Selbst ist das Volk!

Winker

Antrag

des Gewerkschaftlichen Linksblocks

Bhf.Gürtel an den

Dienststellenausschuss



Antrag: Der GLB- Gürtel Bhf. fordert bei den diesjährigen Weihnachtsgeschenken, die Ausgabe von Gutscheinen. Hierbei erscheinen uns Gutscheine der Firma Sotex am geeignetsten.

Begründung: In den letzten Jahren war die Wahl der Geschenkgutscheine des Dienststellenausschuss mehr als unglücklich.

Um die Bedürfnisse aller Bediensteten zufrieden zu stellen, ist der GLB der Meinung, dass Gutscheine der Firma Sotex alle Bediensteten zufriedenstellen würden, da diese in fast allen Branchen eingelöst werden können.

Da die Weihnachtsgeschenke vom Dienststellenausschuss (FSG, GLB, FA-AUF) zu Verfügung gestellt und die Gelder im Grunde von den Bediensteten der Dienststelle selbst kommen, sollten auch alle Fraktionen und auch die Bediensteten in diese Entscheidung mit einbezogen werden!

Mihailo Petrovic Brunner Robert Joachim Ivancsics Rathauscher Richard Hideghety Friedrich

Winker

Rundum gut versorgt mit dem | RUNDUM-SERVICE | der VORSORGE

Die VORSORGE bietet Ihnen ein RUNDUM-SERVICE mit 18 Vorsorgeprodukten der Wiener Städtischen, die Ihren Bedarf in jeder Lebenssituation abdecken:

	Vorsorge und Pension	<input type="checkbox"/> VORSORGE IOMBI
	Familie und Gesundheit	<input type="checkbox"/> VORSORGE KINDEZUSÄTZ
	Wohnen	<input type="checkbox"/> VORSORGE PENSION
	Auto und Mobilität	<input type="checkbox"/> VORSORGE PRÄMIENPENSION
	Freizeit und Reisen	<input type="checkbox"/> VORSORGE BESTATTUNG
	Beruf	<input type="checkbox"/> VORSORGE EINMALERLAG
		<input type="checkbox"/> § 3 GEHALTSUMWÄNDLUNG
		<input type="checkbox"/> VORSORGE TÄGGELD
		<input type="checkbox"/> VORSORGE SONDERKLASSE
		<input type="checkbox"/> VORSORGE HAUSHALT
		<input type="checkbox"/> VORSORGE EIGENHEIM
		<input type="checkbox"/> VORSORGE KFZ-HAFTPFLICHT
		<input type="checkbox"/> VORSORGE KFZ-KASO
		<input type="checkbox"/> VORSORGE RECHTSSCHUTZ
		<input type="checkbox"/> VORSORGE MULTI-UNFALLSCHUTZ
		<input type="checkbox"/> VORSORGE MASTERCARD mit SOS-PAKET
		<input type="checkbox"/> VORSORGE ORGAN- UND AMTSHAFTPFLICHT
		<input type="checkbox"/> VORSORGE BERUFSHAFTPFLICHT und BERUFSRICHTSSCHUTZ

und Übriges erwähnen Sie, dass ...
... Sie als Gewerkschaftsmitglied zu allen Vorsorge-Produkten weitere spezielle Vorteile genießen?
... DIE VORSORGE 1954 von der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten als Verein gegründet wurde?
... DIE VORSORGE mittlerweile das Vertrauen von mehr als 120.000 Mitgliedern genießt?

für VORSORGE-Betreuer informiert Sie gerne.

www.vorsorge-gd.g.at

Harald Schober: 0664/302 67 13 oder 050 350 90/22389

Immer wieder erreichen uns Anfragen von Bediensteten über die verschiedensten Themen und wir beantworten selbstverständlich alle.

Die Interessantesten werden wir laufend im Winker, ausschnittsweise, abdrucken, selbstverständlich ohne Namensnennung und Dienststelle!

Ihr könnt eure Anfragen, Beschwerden usw. an die Winkerredaktion senden - GLB-Büro Tel 407 69 36 / Fax 407 69 36 13 / Mail: glb-gemeinde@aon.at

Betriebsrat Böhm-Raffay Tel. 0664 15 17 922
Mail: roman.boehm-raffay@chello.at

Achtung: Im September und Oktober hatte Betriebsrat Böhm-Raffay mehrere PC-Probleme und musste seinen PC mehrmals neu aufsetzen. Mails, die in diesen Zeitraum an ihn gesendet wurden, gingen dadurch verloren. – bitte sendet eure Anfragen nochmals!



Anfragen/Beschwerden

Bediensteter

.....habe einige Fragen über die Rolldienstzulage.

Ich schreibe mir regelmäßig auf, wann ich in den jeweiligen Endstellen ankomme, im Schnitt komme ich pro Arbeitstag auf 24 Minuten, manchmal auch wesentlich mehr.

Im Oktober hatte ich 583 Minuten, dich ich länger fuhr, als es laut Plan bezahlt wird.

Meine Fragen sind, kann ich das melden und bekommt man es dann bezahlt und wieviel bekommt man, wenn man verspätet einzieht?

Winkerredaktion

Leider müssen wir dich enttäuschen, die Rolldienstzulage wird leider nur laut Plan bezahlt, hierbei ist es völlig unerheblich wie lange man tatsächlich gefahren ist.

Der GLB hat dies schon öfters kritisiert, denn wie wir wissen, entspricht die Fahrzeit auf den meisten Linien nicht den tatsächlichen Erfordernissen und Verspätungen in den Endstellen sind dabei die Regel.

Durch die Einführung der Rolldienstzulage ist es unseren Unternehmen jetzt möglich, dem Fahrbetrieb elegant das Gehalt zu kürzen, indem Fahrzeiten gekürzt und dafür die Stehzeiten verlängert werden.

Bei verspätetem Einziehen (bei Fahrtbehinderungen, Unfälle, usw.) bekommt der Fahrer nur den Grundlohn ausbezahlt, ohne Rolldienstzulage!

Die FSG lehnte alle Forderungen auf Bezahlung ab mit dem lapidaren Hinweis, dies sei pauschaliert sowieso eingerechnet worden und wenn ein Fahrer mal gekürzt wird, bekommt er ja auch nicht weniger.

Ja liebe KollegenInnen, was soll man da noch sagen, jedes Unternehmen kann glücklich sein, so eine Arbeitnehmervertretung zu haben.

Bediensteter

Könnt ihr mir sagen, was folgende Kennzahlen bedeuten.

5503, 7829, 7870, 7875, 7880, 7890, 7894.

Winkerredaktion

Wir bekommen immer wieder Anfragen und Beschwerden über die Lohnverrechnung, hier möchten wir alle bitten, wendet

euch an die Lohnverrechnung in der Direktion, sie können euch detaillierte Auskünfte geben.

550.B Entgeltfortzahlung im Krankenstand (steuerfrei § 68/1EStG 1988)

7829 Beitrag für die Erkennungskarten (EDV)

7870 Kultur- und Sportverein - Verkehrsbetriebe (EDV)

7875 Unterstützungsverein - Verkehrsbetriebe (EDV)

7880 Gewerkschaftsbeitrag der Mitglieder der Gewerkschaft der
7890 Personalvertretungsumlage, 0,5 % vom lfd. Monatsbezug (EDV)

7894 Betriebsratsumlage lfd. Bezug (Kollektiv-/Einzelvertrag)
Für alle Bediensteten die ebenfalls Fragen haben, senden wir die aktuellen Kennzahlen gerne zu!

Bediensteter

....könnt ihr mir Auskunft geben.

Wird es nächstes Jahr während der Europameisterschaft ein Urlaubsverbot geben.

Wir feiern gerade zu dieser Zeit unseren zehnten Hochzeitstag und ich möchte meine Frau mit einer kleinen Städtereise überraschen.

In der Dienstenteilung wissen sie nichts und unser BO gibt mir auch keine Auskunft, ich muss aber schon jetzt buchen.

Winkerredaktion

Im Betriebsrat wurde uns die Auskunft erteilt, es wird keine Urlaubssperre geben, jedoch ist es ratsam, bevor du die Reise anzahlst, noch einmal mit deinem BO zu sprechen und ihm die besondere Situation erklärst, denn für so einen Fall solltest du auf jeden Fall Urlaub bekommen.

Sollte es Probleme geben, melde dich wieder, wir werden versuchen dir direkt zu helfen!

Bediensteter

.....bin seit 4 Jahren bei den Wiener Linien und mache oft Überstunden.

Ein Bekannter von mir ist Betriebsrat (bei einer anderen Gewerkschaft), er sagte mir ich könnte mir die Überstunden auch in Freizeit abgelten lassen, stimmt das?

Winkerredaktion

Es stimmt nur teilweise, alle Infos stehen im Artikel Arbeitsruhegesetz (ARG)



Lohnverhandlungen – Wiedermal ein Kniefall der GdG

Nun stehen wieder unsere Lohnverhandlungen an und dabei strebt Bures (SPÖ Ministerin) einen „sehr sparsamen“ Umgang mit öffentlichen Geldern an, dies lässt die schlimmsten Befürchtungen aufkommen!

Folgende Stellungnahmen gab es vor den Verhandlungen von Ministerin Bures!

Die für den Öffentlichen Dienst zuständige Ministerin Bures hat vor Beginn der Beamten-Gehaltsverhandlungen vor übertriebenen Erwartungen gewarnt. Wie sie am Samstag in der Ö1-Reihe „Im Journal zu Gast“ betonte, strebe sie einen „fairen Abschluss“ an, aber auch „ein sehr sparsames und effizientes“ Umgehen mit öffentlichen Geldern.

Zu ihrem Parteikollegen, Sozialministers Buchinger, der 4 Prozent Gehaltserhöhungen für alle gefordert hatte, meinte sie, dass die Angestellten einen Anteil an den hohen Gewinnen in der Privatwirtschaft erhalten sollen. Beim Öffentlichen Dienst gehe es aber „nicht um die Verteilung von Gewinnen, sondern um Gelder der Steuerzahler“. Sie erinnerte auch daran, dass der Öffentliche Dienst in den letzten Jahren gut bedient worden sei. So sei im Vorjahr der Gehaltsabschluss mit 2,8 Prozent über der Inflationsrate gelegen.

Sie betonte, dass 1 Prozent Gehaltserhöhung für Beamte dem Staat 103 Millionen Euro koste. Auf einen möglichen Prozentsatz wollte sie sich nicht festlegen. „Es wäre unklug, die Karten schon vor Beginn der Verhandlungen auf den Tisch zu legen“, so die Ministerin. Jedenfalls soll die Inflationsrate abgegolten werden. Sie erwarte „harte Verhandlungen“. Am Ende werde es jedoch ein faires Ergebnis geben.

Es gehe nicht um Verteilung von Gewinnen, sondern um das Geld der Steuerzahler meinte die liebe SPÖ – Ministerin, ja, jetzt wissen es alle Beamten,- wir arbeiten nicht, hungern nur herum und leben vom Geld der Steuerzahler.

Dabei vergisst unsere Superministerin ganz, dass ein Wirtschaftsstandort nur mit einer funktionierenden Verwaltung und Infrastruktur funktioniert und erst dann für Unternehmen interessant ist und ein wesentlicher Faktor für eine Firmen Niederlassung ist.

Gemeindebedienstete haben einen wesentlichen Anteil an der Wirtschaftsleistung von Österreich, ihnen steht somit, wie je-

den anderen österreichischen Arbeitnehmer, ein gerechter Anteil an der Wirtschaftsentwicklung zu.

Zu befürchten ist, dass unsere lahme und zahnlose Gewerkschaft wieder Kompromisse zu Lasten unserer Bediensteten eingeht, man will ja die Genossen nicht verärgern!



Auf die Frage, mit welchen Forderungen die Gewerkschaft in die Verhandlungen gehe, antwortete der Vorsitzende der GdG „Man gehe ohne Forderungen in die Verhandlung, dass sei so üblich“.

Frei übersetzt, man warte das Angebot ab und stimmt dann zu und spricht dann von erfolgreichen Verhandlungen und Ergebnissen!

In Verhandlungen zu gehen, ohne eine Forderung zu stellen ist für die FSG dominierte Gewerkschaft ein sehr bequemer Weg, so ist man immer der Gewinner, egal wie die Verhandlungen ausgehen und man kommt nie in die Verlegenheit Kampfmaßnahmen ergreifen zu müssen, da man für seine Mitglieder nie Mindestforderungen stellt!

Fakt ist Politiker und selbst Ökonomen sagen, dass die Lohnabschlüsse der letzten Jahre sehr zurückhaltend und dementsprechend gering waren und Abschlüsse um 4 % mehr als gerechtfertigt wären.

Die Forderungen des GLB liegen auf den Tisch und sind aufgrund der Wirtschaftsdaten mehr als gerechtfertigt!

**6,3 Prozent Erhöhung auf Gehalt,
Zulagen und Nebengebühren
Einmalzahlung: 275 Euro
Wirksamkeitsbeginn: 1. Jänner 2008
Laufzeit: 12 Monate
Kein Stillhalteabkommen**

Euer Kollege
Mihailo Petrovic

W i n k e r

Blendschutz ULF

Seit Jahren fordert der GLB, dass bei den klappbaren Seitenscheiben beim Fahrzeugtyp ULF ein Blendschutz angebracht wird.

Bei Sonneneinstrahlung, blendet die Sonne nicht nur den Fahrer, auch ist kaum das Display ablesbar.

Eine Klebefolie die in jeden Baumarkt um ein paar Euro zu bekommen ist, könnte das Problem sofort beheben, dazu sind allen Anschein jedoch die Wiener Linien nicht fähig oder überfordert.

Ja liebe KollegenInnen anscheinend haben die Wiener Linien für jeden Schmarren Geld, jedoch für Anschaffungen, welche die Sicherheit erhöhen würden, da fehlt das Geld und der Wille!



Euer Kollege
Manfred Seier

ÖGB/GdG –Keine Reformen-keine Mitsprache!

Die Mitglieder werden in Stich gelassen – nur niemanden verärgern ist die Devise!



Betrachten wir die Taten unserer Gewerkschaft in den letzten Jahren kommt man zu einem traurigen Ergebnis.

In jeden Bereich der Gemeinden wurden kampflös sämtliche

Verschlechterungen hingenommen.

Ausgliederung der Stadtwerke, Ausgliederung vieler Sozialbereiche in den Privatfond Soziales Wien und eine unsoziale und unfaire Pensionsreform für Gemeindebedienstete, wurden ohne jegliche Gegenwehr hingenommen und uns auch noch als Erfolg der Gewerkschaft verkauft!

Die Sozialdemokraten(FSG) halten die Gewerkschaft seit Jahren in Geiselhaft und haben so die Gewerkschaft fast in den Abgrund gestoßen.

Parteienfreunde tun sich nicht weh, dies bekommen vor allem die Wiener Gemeindebediensteten und insbesondere die Bediensteten der Wiener Linien seit Jahren zu spüren!

Ein Blick über die Grenzen zeigt, es geht auch anders!

Frankreich steht größter Streik seit Jahren bevor

Frankreich steht heute einer der größten Streiks seit Jahren bevor. Fünf Monate nach dem Amtsantritt von Präsident Nicolas Sarkozy wollen die Mitarbeiter der Verkehrsbetriebe und der Energieversorger ihre Arbeit niederlegen. Die Bahn und die Pariser Verkehrsbetriebe warnen vor „schweren Störungen“

im gesamten Streckennetz. Der Protest richtet sich gegen die geplante Abschaffung der Frühpension bei Staatsunternehmen. Zuletzt hatte vor zwölf Jahren eine Regierung versucht, dieses Privileg abzuschaffen. Damals lag das ganze Land wochenlang mehr oder weniger lahm, bis die Regierung schließlich von dem Vorhaben abließ.

1400 Lokführer legen Deutschland lahm - Passagiere sauer

Jetzt werden die Räder bei der Deutschen Bahn (DB) still stehen. Das beschloss die Gewerkschaft der deutschen Lokführer (GDL) Anfang der Woche. Grund ist der seit längerem schwelende Streit über Lohnerhöhungen mit der DB-Führung.

31 Prozent mehr Lohn fordern die Lokführer-Gewerkschaft GDL. Bislang hatte die Bahn 4,5 Prozent Tarifierhöhung, 600 Euro Einmalzahlung und 5,5 Prozent für Überstunden in Aussicht gestellt. Nun bietet sie zusätzlich 1400 Euro für die – nach derzeitiger Regelung nicht mögliche – Auszahlung von Überstunden.

Ein weiser Spruch sagt –

„Wer kämpft, kann verlieren - wer nicht kämpft, hat schon verloren!“

Die Wiener Linien Bediensteten werden seit Jahren abgezockt, sogenannten Reformen der Unternehmensführung werden vorbehaltlos seit Jahren zugestimmt, unsere Gewerkschaft ist nur mehr ein williges Instrument des Rathauses und unseres Unternehmens.

Gewerkschaften anderer Länder kämpfen für die Rechte ihrer Mitglieder, sagten 31 % fordern die deutschen Lokführer und das Angebot der deutschen Bahn mit 4.5 % und 2000 € Einmalzahlung ist ihnen immer noch zu wenig! Wie das Ergebnis aussehen wird, steht noch in den Sternen, doch stellt euch einmal die Frage, was hätten sie bekommen wenn sie nicht gekämpft (gestreikt) hätten?

In Frankreich gehen die Arbeiter der Verkehrsbetriebe auf die Barrikaden weil das Pensionsalter auf 60 Jahre angehoben werden soll unsere Gewerkschaft hat der Pensionserhöhung auf 65 freudig zugestimmt - ohne jede Gegenmaßnahme!

Bei den Wiener Linien war unsere FSG – geführte Gewerkschaft noch entgegenkommender, Dienststellenzusammenlegungen, Auflösung und Zentralisierung der Werkstätten, DBV-Neu, unmotivierte Linienaufteilungen auf Kosten der Bediensteten usw. anders ausgedrückt, man zieht uns das letzte Hemd aus, mit freundlicher Unterstützung unserer kämpferischen Gewerkschaft.

Die Genossen im Rathaus sind zufrieden, die Genossen im Unternehmen sind zufrieden, die Genossen in der Gewerkschaft sind zufrieden, nur die Bediensteten sind wiederum die Dummen. – Aber ehrlich, das kümmert diese Herrschaften sicher nicht!

Euer Kollege
Friedrich Hideghide

Winker

Tourismus + Romantik



Sagt doch ein Fahrgast am Westbahnhof zu mir, Wien ist eine romantische Stadt, aber die Straßenbahnen sind eine Zumutung für körperlich, gebrechliche Fahrgäste.

Dann sagte er noch: „Ich komme aus der ehemaligen DDR, aber bei uns gab es solche Straßenbahnen nicht einmal damals!“

Früher hieß es immer, wir in der DDR sind rückständig, aber euer Unternehmen ist es in der heutigen Zeit,

so was ist echt unglaublich!

Romantik pur, sage ich nur!

Der Tourist wünschte mir noch mit der alten Bim (E2) eine

„GUTE FAHRT“ und viel SPASS!

Gegenargument?

Eure Fini

W I N T E R U R L A U B mit dem 

Im Viersternhotel Christoph/ Ellmau TIROL(www.hotel-christoph.com) und dem größten zusammenhängenden Skigebiet Österreichs, mit 250 Pistenkilometern, zwischen Kitzbühel und Kufstein am Wilden Kaiser!

Liebe Freunde, Kolleginnen und Kollegen!

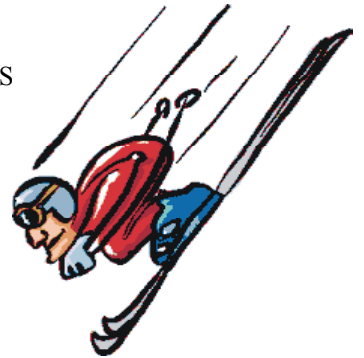
Ich freue mich, Euch für unseren schon traditionellen Skiurlaub folgendes anbieten zu können:

8. März bis 15. März 2008

ZIMMER: Doppel-, bzw. Dreibettzimmer **(KEINE EINZELZIMMER)**

LEISTUNGEN: Übernachtung in Komfortzimmern DU/WC oder Bad/WC, S

- . Empfangscocktail
- . reichhaltiges Frühstücksbuffet
- . Wahlmenü am Abend mit Vorspeisen- und Dessertbuffet
- . inklusive Wein- Bier, und alkoholfreie Getränke zum Abendessen
- . tägliche Skijause in der Zeit von 16 bis 17 Uhr
 - . 1x Bauernbuffet
 - . 1x festliches Galabuffet
 - . 1x Nudel und Fischbuffet
- . kostenlose Benützung der Freizeitanlage wie Hallenbad, Sauna Whirlpool, Dampfbad, Squash, Fitness-Raum, Tischtennis
- . kostenloser Bademantelverleih

**PREIS:**

€ 55,- pro Person/ Tag
Kinder von 0-4 Jahre GRATIS, 4-13 Jahre € 12,-/Tag
Liftkarte für 6 Tage ca. € 140,- (Vorjahrespreis)

ANZAHLUNG:

Pro Person € 150,— auf BAWAG Kto.Nr. 01710787138 BLZ. 14000
Restzahlung an der Rezeption im Hotel
**Am Zahlschein Name, Adresse und Telefonnummer angeben
sowie Verwendungszweck „ Skiurlaub Ellmau „!**

ANMELDUNG UND ANZAHLUNG BIS 10. DEZEMBER 2007

Anfragen bei Kollegin Eva Harrer (Bhf.Fav.) Tel.0699/10339070 oder GLB-Büro: 01/407 69 36, 0664/41 49 853

W i n k e r

KFZ – Versicherung mit GLB – Rabatt**Günstiger geht's nimmer!**

Für alle Wiener Linienbediensteten und Angehörigen, konnte der GLB die günstigste KFZ – Versicherung erreichen!

Z.B.: männlich, 35 Jahre, VW Golf, Bj. 2000, 85 KW, Versicherungssumme 15 MIO.

Jahresprämie: **Stufe 0...364,97 € Stufe 4...438,58 € Stufe 6...500,80 €**
Stufe 8...626,45 € Stufe 9...626,45 €

Vergleichen macht sich bezahlt, sende deine Daten einfach ein und du bekommst die derzeit günstigste Versicherungsvariante!
Notwendige Daten: Geschlecht, Alter, Bonusstufe, Fahrzeug Art/Type/KW und bei Kasko Preis des PKW.

Frau Bettina Schwarz

Tel. 01/897 13 13 / Mobil Herr Meidl 0676 86977750

FAX: 01/897 13 13 33

E-Mail: bettina.schwarz@allfinanzcenter.at

Adr: 1070 Wien, Wimberggasse 14-16/1/1 OG, Bürozeit MO – DO von 9.00 – 17.00

Verdienstauffallsversicherung bei Versetzung in den Leichterdienst und Krankenstand (für alle FahrerInnen der Wiener Linien)

Täglich sehen wir auf unseren Dienststellen KollegInnen, die aufgrund von Krankheit und Unfall in den Leichterdienst versetzt wurden. Leider kann so ein Schicksalsfall jeden von uns treffen.

Leichterdienst bedeutet für FahrerInnen der Wiener Linien, rund ein Drittel weniger Gehalt, und jene Bedienstete, die innerhalb ihrer Familie „Alleinverdiener“ sind, werden dadurch in Ihrer Existenz gefährdet.

Altbedienstete werden sich noch erinnern: Bereits vor Jahren war es dem GLB gelungen mit dem französischen Versicherungskonzern AXA eine Verdienstauffallsversicherung auszuhandeln.

Nach einem Jahr zog sich die AXA-Versicherung allerdings wieder vom österreichischen Markt zurück. Bestehende Versicherungsverträge behielten ihre Gültigkeit, neue waren jedoch nicht mehr abschließbar.

Allen anderen österreichischen Versicherungen erschien in weiterer Folge das Risiko zu hoch, und sie weigerten sich eine ähnliche Versicherung anzubieten.

Der Grund: Über 30% der (AXA) Verträge wurden zu Schadensfällen, und jeder dritte Bedienstete der einen solchen Vertrag abgeschlossen hatte, erhält noch heute über 700,- Euro monatlich!

Nach über zwei Jahren stetiger Verhandlungen unterzeichnete nun der GLB-Betriebsrat

Roman BÖHM-RAFFAY einen Gruppenvertrag mit dem Allfinanzcenter und der UNIQA Versicherung.

Damit wurde die „Verdienstauffallsversicherung“ wiedergeboren.

UNIQA schließt mit diesem innovativen und vor allem einzigartigen Produkt und mit einer Leistung von 25,- Euro pro Tag (ab dem 61. Tag) die entstandene Einkommenslücke.

Um auch in solchen Lebensphasen in eine gesicherte Zukunft blicken zu können, bietet Ihnen das Allfinanzcenter der UNIQA als einzige Versicherungsagentur in Österreich die neue **Verdienstauffallsversicherung**.



GLB – Allfinanz /Uniqa Leichterdienstversicherung

Detail – Infos bei unseren Infotagen, bei einem persönlichen Termin
oder über die INFO-Hotline

- Der Versicherungsschutz beträgt 25 € täglich (inkl. SA/SO), somit beträgt die monatliche Auszahlung bei 31 Tagen 775 €.
- Versicherungsschutz bis 10 Jahre (verschiedene Varianten wählbar)
- Gültig ausschließlich für FahrerInnen/LenkerInnen der Wiener Linien
- Prämien von 25 € bis 100 €, abhängig von Variante und Alter
- Versichert ist jeder im Leichterdienst Bedienstete, aufgrund von Unfall oder Krankheit, Leichterdienst aus disziplinarischen Gründen wird nicht versichert!
- Bei KV-Bediensteten aber auch Vertragsbediensteten, ist auch die Gefahr gegeben, bei längeren Leichterdienst gekündigt zu werden, hier wurde vereinbart, dass die Versicherungssumme (max. 750 € bei Monaten mit 31 Tagen und maximal 10 Jahre) auch bei einer Kündigung ausbezahlt wird!

Alle Detailinfos bekommt ihr bei unserer Info – Hotline Info – Hotline/Persönlicher Termin: Tel. 01/897 13 13
Bürozeit MO – DO von 9.00 – 17.00



Steuerfreie ZUKUNFTSSICHERUNG für Gemeinde - / Bundes bedienstete

Nutzen Sie den
§ 3/1/15a
Einkommenssteuergesetz

Ihr(e) Ansprechpartner(in):

Allfinanzcenter der UNIQA Versicherungen AG
Andrle & Meidl OEG
Walter Meidl
1150 Wien, Mariahilferstr.167/3
Tel.: (01) 897 13 13-18, Fax: (01) 897 13 13-33
Mobil: 0676 869 777 50
walter.meidl@allfinanzcenter.at

STEUERFREIE PENSIONS-VORSORGE!

Die Entwicklung des Sozialsystems erfordert vor allem im Bereich der Pensionsvorsorge zunehmend Verantwortung und damit auch **Eigenvorsorge**.

Im Rahmen der steuerfreien Zukunftssicherung gemäß § 3/1/15a EStG fördert der Staat Ihre private Eigenvorsorge.

Ihr Vorteil:

Sie können bis zu EUR 300,- pro Jahr bzw. EUR 25,- monatlich lohnnebenkostenfrei in Ihre private Pensionsvorsorge investieren.

Die notwendigen organisatorischen Voraussetzungen für die Einführung eines Bezugssumwandlungsmodells sind von Ihrem Arbeitgeber geschaffen worden.

Da mit haben Sie ab sofort als Dienstnehmer die Möglichkeit unbürokratisch in den Genuss eines Lohnsteuervorteils zu kommen. Neben dem Steuervorteil gelangen Sie als Dienstnehmer zu außerordentlich guten Konditionen für Ihre Pensionsvorsorge.

Überzeugen Sie sich selbst und nutzen Sie diese einmalige Möglichkeit.

Das Modell funktioniert auf Basis einer Bezugssumwandlung.

Sie vereinbaren mittels eines vorgefertigten Formulars mit Ihrem Dienstgeber, dass dieser monatlich EUR 25,- für Ihre private Pensionsvorsorge aufwendet und diesen Betrag monatlich an die UNIQA überweist.

Nachdem dieser Betrag von der Lohnsteuer befreit ist, wird er in voller Höhe für Ihren Pensionsvorsorgevertrag bei **UNIQA** wirksam.

Normalerweise bezahlen Sie für ein monatliches Bruttogehalt von EUR 25,- je nach Höhe Ihrer Progressionsstufe bis zu 50% Lohnsteuer, sodass Ihnen ein entsprechend verminderter Nettobezug bleibt. Mit diesem Modell wandeln Sie EUR 25,- brutto für netto zweckgebunden um.

Was kostet Ihnen, je nach Progression diese Lohnumwandlung netto?

UMWANDLUNG von EUR 25,- bei

Progression	23%	33,5%	50%
Nettoaufwand	€ 19,25	€ 16,62	€ 12,50
Ihr Gewinn	€ 5,75	€ 8,38	€ 12,50

pro Monat aus der Steuerersparnis.
(Sozialversicherungsbeiträge noch nicht berücksichtigt)

VORTEILE DER UNIQA PENSIONS-VORSORGE DURCH BEZUGSUMWANDLUNG

Ertrag

Höchster Ertrag durch Gruppenkonditionen

Garantie

Garantierte Grundverzinsung
(=garantiertes Ablösekapital)

Verfügungsberechtigung

Vertragsbegünstigter sind in jedem Fall Sie als Dienstnehmer.
Bei Kündigung oder Selbstkündigung können nur Sie weiter über den Vertrag verfügen.

Steuerbefreiung

Die Kapitalauszahlung zum Ende der Laufzeit ist gänzlich einkommenssteuerfrei.
Für Renten gilt:
Bis zum Aufbrauchen des angesparten Kapitals in Form einer Rente keine Einkommensteuer.

HÄUFIG GESTELLTE FRAGEN

Was geschieht bei vorzeitiger Pensionierung bzw. Ausscheiden aus der Firma?

Sie können den Vertrag weiterführen, prämienfrei stellen, oder die sofortige Auszahlung des Rückkaufwertes verlangen.

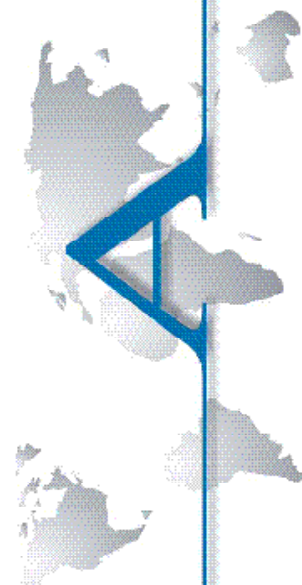
Was geschieht mit dem Vertrag bei vorzeitigem Ableben?

Ihre Hinterbliebenen erhalten mindestens die eingezahlten Prämien sowie zusätzlich die bis dahin angesammelten Gewinnanteile ausbezahlt.

Gibt es auch eine Auszahlung in Rentenform?

Ja, Sie können aus verschiedenen Formen der Rentenauszahlung wählen. Es obliegt nur Ihnen, ob Sie eine einmalige Kapitalauszahlung oder eine lebenslange Rente wollen. Diese Entscheidung brauchen Sie erst unmittelbar vor Vertragsabschluss treffen.

ALLFINANZCENTER
ANDRLE & MEIDL OEG



Stand: September 2006

ACHTUNG: Neue Adresse

1070 Wien, Wimberggasse 14-16/1/1 OG

Unsere **GLB**-Mitarbeiter bei den Wiener Linien



Ivancsics Joachim
Straßenbahnfahrer



Petrovic Mihailo
Straßenbahnfahrer

Gürtel



Brunner Robert
Straßenbahnfahrer



Rathauscher Richard
Straßenbahnfahrer

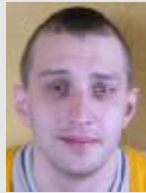


Hidgehety Friedrich
Straßenbahnfahrer

Hernals



Makuljevic Dragan
Werkstatt



Ingerle Rene
Werkstatt



Eder Gerhard
Stellv. Vorsitzender

Spetterbrücke



Weber Jana
Busfahrerin

Speising



Koudelka Heinz
Straßenbahnfahrer



Böhm-Raffay Roman
Straßenbahnfahrer-
Vorsitzender GLB



Löwenstein Fini
Straßenbahnfahrerin



Rieger Herbert
Straßenbahnfahrer



Westermeier Wolfgang
Straßenbahnfahrer



Haschka Helmut
Straßenbahnfahrer



Blauensteiner Karl
Werkstatt



Harrer Eva
Straßenbahnfahrerin



Maudrey Cornelia
Straßenbahnfahrerin



Deuschlinger Josef
Werkstatt



Wöchtl Hans-Jürgen
Straßenbahnfahrer



Seier Manfred
Straßenbahnfahrer

Favoriten/Simmering



Widauer Herman
Straßenbahnfahrer

Alle KollegInnen sind über e-Mail erreichbar:

glb.familiename@inode.at (z.B. glb.boehm-raffay@inode.at, glb.harrer@inode.at, glb.weber@inode.at)